

Erklärung des VBE Bundesvorstandes

Mit Blick auf den **85. Jahrestag des Beginns der NS-Herrschaft und dem Ende der Weimarer Republik am 30. Januar** erklären wir:

Es ist und bleibt auch 85 Jahre nach dem Beginn der NS-Herrschaft (und über 70 Jahre nach deren Ende) unsere Pflicht als Gesellschaft, dem Vergessen entgegenzuwirken und aktiv das Erinnern an die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zu unterstützen. Gemeinsam müssen wir für unsere Demokratie eintreten und allen in Deutschland friedlich miteinander Lebenden ihren Mehrwert vermitteln. Die Prävention extremistischer Ideen und Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, der sich jede und jeder stellen muss. Dafür braucht es eine Gesellschaft, die im Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums kontroverse Diskussionen miteinander führt.

Wir sind davon überzeugt, dass Schule gleichermaßen Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte als auch Ort erlebbarer Demokratie sein muss, damit Schülerinnen und Schüler lernen, im Kontext ihres Wissens selbstständig zu argumentieren und eigenverantwortlich agieren zu können.

Gemeinsam setzen wir uns deshalb dafür ein, dass das Bildungsziel „Demokratie“ aufgewertet wird, die politische Bildung und die Ausbildung der politischen Medienkompetenz gestärkt wird, demokratischer Unterricht in einer demokratischen Schule gelebt wird und Demokratiepädagogik in der Lehrerbildung fest verankert wird.

Wir stehen ein für eine moderne Demokratiepädagogik, die Schülerinnen und Schüler mit dem notwendigen Rüstzeug versieht, Extremismus zu erkennen und ihm aktiv mit dem Selbstverständnis einer Gesellschaft, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, entgegenzutreten. ♦

Berlin, 26. Januar 2018